

„Die FDP ist bereits eine soziale Partei“

Im Gespräch Die Liberale Miriam Gruß über die Krise ihrer Partei, Sozialpolitik, und ihre Ideen zum Elterngeld

Der Freitag: Frau Gruß, welches war der Hauptfehler der FDP seit Regierungsantritt?

Miriam Gruß: Wir haben die Erwartungen unserer Wählerinnen und Wähler nicht ausreichend schnell erfüllt.

Welche Erwartungen?

Wir haben im Wahlkampf versprochen, im Gesundheitssystem, bei den Bürgerrechten und bei der Entlastung der Mittelschicht einen großen Schritt vorwärts zu machen.

Sie denken, die Mittelschichten wollen immer noch Steuersenkungen haben? Beobachter führen die abgestürzten Umfragewerte der FDP darauf zurück, dass die Leute keinen Spielraum für Steuersenkungen sehen.

Wir sind im September 2009 mit 14,6 Prozent gewählt worden, und ich glaube schon, dass diese Wähler unsere Aussagen als richtig empfunden haben. Die Mittelschicht ist in den vergangenen Jahren über Gebühr belastet worden. Die Rahmenbedingungen haben sich mit der Finanz- und Währungskrise aber geändert. Deshalb verschieben wir die geplante Entlastung nach hinten. Die sinkenden Umfragewerte haben meiner Ansicht nach eher damit zu tun, dass wir in der Koalition über Monate Streit und Gezänk hatten. Das goutieren die Wähler nicht.

Auch viele Ihrer Parteikollegen denken, dass die FDP ein sozialeres Profil gewinnen muss.

Die FDP ist bereits eine soziale

Partei. Wir haben mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Familien entlastet, wir haben dafür gesorgt, dass nach 20 Jahren endlich die Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention aufgehoben werden. Wir kämpfen für offene Altersgrenzen im Adoptionsrecht.

Unter Sozialpolitik verstehen die meisten Menschen Umverteilungspolitik durch die Sozialsysteme. Fällt Ihnen auf, dass es sehr schwer ist, Sozialpolitik zu machen, ohne Partei mit denen zu ergreifen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind?

Man muss immer alle Bürger im Auge behalten – die Leistungsempfänger, aber auch die Leistungserbringer. Wir kommen angesichts der demografischen Entwicklung nicht an einer Neujustierung der Sozialsysteme vorbei.

Vergangene Woche schlugen Sie vor, das Elterngeld der Gutverdiener zu kürzen. Später ergänzten Sie, auch den nicht-berufstätigen Müttern solle das Elterngeld gestrichen werden. Das träfe nicht nur die zitierte Millionärsgattin, sondern auch die Mehrheit etwa der Migrantinnenmütter. Ist das die neue FDP-Sozialpolitik: Wir kündigen jetzt immer zuerst die Kürzung der Sozialleistungen an, die auch Vermögenden zugute kommen – und nennen die Kürzungen bei den anderen später?

Das ist zu kurz gesprungen. Natürlich braucht man ein Gesamtkonzept für das Elterngeld, und daran arbeiten wir bei der FDP. Wir müssen einfach sparen, daran führt kein Weg vorbei. In der Familienpolitik wird viel ausgegeben, aber die Leistungen kommen nicht zielgenau an.

Das Elterngeld ist 2007 als eine Lohnersatzleistung eingeführt worden. Daher ist es logisch, es nur solchen anzubieten, die auch berufstätig sind. Wenn, Bedürftigkeiten entstehen, müssen die durch andere Systeme geschlossen werden.

Sie klingen, als wollten Sie das Elterngeld eigentlich ganz wieder abschaffen.

Wir müssen es evaluieren. Wir müssen sehen, wohin das Geld fließt. Dass viele Männer jetzt wenigstens für die zwei Vätermonate zu Hause bleiben, ist eine Entwicklung, die ich begrüße.

Sie werden einer jungliberalen Revolutionsgarde zugerechnet. Werden Sie Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zur Parteichefin machen und so den möglicherweise überforderten Guido Westerwelle entlasten?

Nein. Guido Westerwelle ist ein guter Parteivorsitzender und ein guter Außenminister und Vizekanzler. Personaldebatten haben wir auch auf unserer Klausurtagung nicht geführt.

Wie soll thematische Öffnung funktionieren, ohne dies auch personell darzustellen?

Die thematische Öffnung ist bereits erfolgt. Jetzt schicken wir beachtliche Köpfe in die Programmkommission unter Generalsekretär Christian Lindner, die von dort die thematische Breite der FDP abbilden und stärken.

Miriam Gruß, 34, ist familienpolitische Sprecherin und Vizevorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag. Die Chefin der Bayern-FDP Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat sie auch zu ihrer Generalsekretärin gemacht

Das Gespräch führte Ulrike Winkelmann